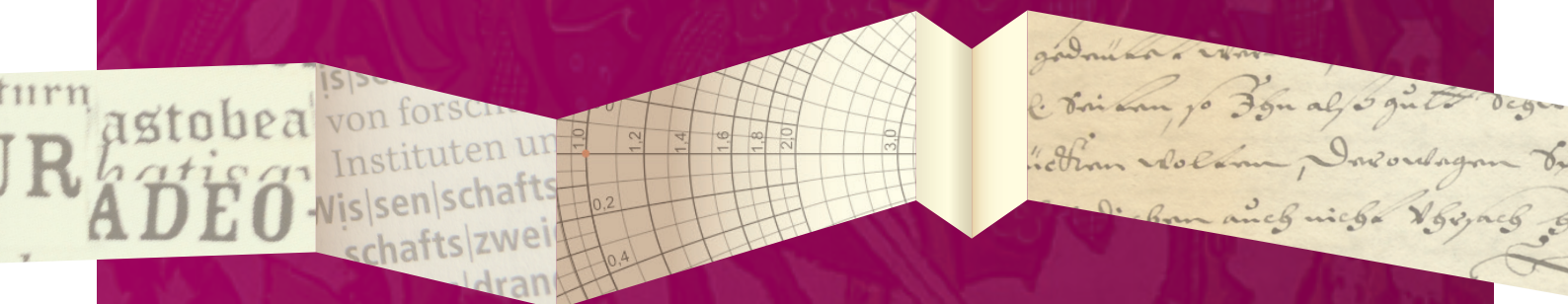


800 JAHRE ANHALT

Ralf Regener (Hg.)



SCHRIFTEN DER UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK MAGDEBURG
BAND 1



OTTO VON GUERICKE
UNIVERSITÄT
MAGDEBURG

Schriften der Universitätsbibliothek Magdeburg
herausgegeben von Eckhard Blume und Jürgen Heeg

Band 1

800 Jahre Anhalt

AUSSTELLUNGSSCHRIFT

Ausstellung vom 16. Januar bis 17. Dezember 2012
in der Universitätsbibliothek Magdeburg

herausgegeben von Ralf Regener

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
Universitätsbibliothek
Audiovisuelles Medienzentrum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 3.0 (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung.) Sie erlaubt den Download und die Weiterverteilung des Werkes / Inhaltes unter Nennung des Namens des Autors, jedoch keinerlei Bearbeitung oder kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen zu der Lizenz finden Sie unter:

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>

1. Auflage 2016

Herausgeber und verantwortlich für diese Ausgabe:

Otto-von-Guericke Universität Magdeburg

Universitätsbibliothek

Ralf Regener

Postfach 4120

39016 Magdeburg

ralf.regener@ovgu.de

www.ub.ovgu.de

ISBN 978-3-944722-39-9

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort der Herausgeber	6
<i>Ralf Regener:</i>	
Einleitung – Eine Magdeburger Ausstellung für Anhalt	7
<i>Marina Ahne, Martin Müller, Ralf Regener, Judith Woche:</i>	
800 Jahre Anhalt – Ausstellungstafeln	9
<i>Ralf Regener:</i>	
Fürstliche Abfindungen – Die Askanier und der Freistaat Anhalt nach 1918	34
<i>Marina Ahne:</i>	
Anhalts Weg zur ersten nationalsozialistischen Regierung eines deutschen Landes	44
Literaturauswahl	49
Abbildungsverzeichnis	50

Vorwort der Herausgeber

Mit der Herausgabe des ersten Bandes der Reihe „Schriften der Universitätsbibliothek Magdeburg“ beginnt ein neuer Abschnitt in der Öffentlichkeitsarbeit der Universitätsbibliothek Magdeburg.

In der Tradition des Sammelns, Bewahrens, Erschließens und Vermittelns werden bereits seit vielen Jahren nicht nur gedruckte Medien, sondern auch elektronische Bestände in der Universitätsbibliothek Magdeburg bearbeitet. Die Weiterentwicklung von Dienstleistungen mit dem Ausbau digitaler Bestände und Sammlungen ist eine der Grundaufgaben der Bibliothek. Ein stetig verbesserter Zugang und eine benutzerorientierte digitale Präsentation ist das Ziel, das die UB Magdeburg mit ihrem vernetzten Serviceangebot ständig aktuell anstrebt.

Die Bibliothek als Ort der Informationsbeschaffung, als Bildungsort und des Bildungsgewinns würdigt somit die zunehmende Bedeutung elektronischer Ressourcen und leistet mit der langfristigen Dokumentation einen Beitrag zur Sicherung des kulturellen Erbes und der regionalen Sammlungen.

Die Schriften der Universitätsbibliothek Magdeburg sollen als Rahmen zur Veröffentlichung verschiedener Materialien aus dem Wirkungsbereich der Bibliothek dienen. Neben den Referaten von Workshops und Vortragsveranstaltungen werden ausführlichere Dokumentationen zu Ausstellungen der Universitätsbibliothek ebenso aufgenommen wie die Ergebnisse von Seminaren an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, die in Zusammenarbeit mit der Bibliothek entstanden sind.

Alle Publikationen der neuen Schriftenreihe werden als Open-Access-Publikationen unter Creative Commons Lizenz und den dafür geltenden Bedingungen im PDF-Format im Internet und auf der Homepage der Universitätsbibliothek zur Verfügung gestellt.

Eckhard Blume, Ltd. Bibliotheksdirektor

Dr. Jürgen Heeg, Stellv. Bibliotheksdirektor

Ralf Regener

Einleitung – Eine Magdeburger Ausstellung für Anhalt

Im Jahr 2012 feierte die Region Anhalt 800. Geburtstag. In diesem Zusammenhang gab es eine Reihe von Veranstaltungen, Tagungen, Ausstellungen, Publikationen und vieles mehr.

Um das Bewusstsein für diese geschichtsträchtige Region auch in die Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts zu tragen, fanden sich im Jahr 2011 vier damalige Studierende am Institut für Geschichte an der Otto-von-Guericke-Universität zusammen, um eine kleine Ausstellung auch für Magdeburg zu erarbeiten. In der Universitätsbibliothek fand man einen passenden Ort für die Präsentation und einen immer hilfsbereiten Partner.

Erreichen wollten die vier Initiatoren dieser studentischen Ausstellung, dass auch außerhalb Anhalts das Jubiläum und alles was damit in Zusammenhang stand wahrgenommen wird. Interesse für die Region Anhalt und seine Geschichte sollte geweckt werden, um Anlass zu geben, sich womöglich etwas näher mit bestimmten Fragen zu beschäftigen oder weitere Veranstaltungen zu besuchen. Nicht mehr und nicht weniger war erklärtes Ziel dieser Ausstellung. Denn in diesem Rahmen konnte es kaum gelingen, die Historie Anhalts auch nur überblicksartig darzustellen. Vielmehr wurde versucht einige geschichtliche Höhepunkt, herausragende Orte und berühmte Persönlichkeiten punktuell zu zeigen und den großen Beitrag zur Landesgeschichte Sachsen-Anhalts deutlich zu machen.

Da das allgemeine Interesse an der Ausstellung im Jahr 2012 sehr groß war und oftmals die Frage nach einer begleitenden Publikation gestellt wurde, soll dieser Band dem Wunsch nachkommen. Einerseits sind die überarbeiteten Ausstellungstafeln zu sehen, andererseits sind die beiden Beiträge des Abschlusskolloquiums in diesem ersten Band der Schriften der Universitätsbibliothek Magdeburg zu finden.

Ein besonderer Dank sei an Prof. Mathias Tullner gerichtet, der mit einem Seminar zur Geschichte Anhalts erst das studentische Interesse an diesem Thema geweckt und gleichzeitig die vier Ausstellungsmacher in diesem Rahmen zusammengeführt hat.

Marina Ahne, Martin Müller, Ralf Regener, Judith Woche

800 Jahre Anhalt – Ausstellungstafeln



Der herzoge von anhalte (Codex Manesse, 14. Jh.)

Mit dem Tod des askanischen Herzogs Bernhard von Sachsen, einem Sohn Albrechts des Bären, am 9. Februar 1212 beginnt die Geschichte Anhalts. Sein Erbe teilte Bernhard unter seinen Söhnen Heinrich und Albrecht auf. Der letztere wurde Herzog von Sachsen. Heinrich dagegen bekam eine Grafschaft, die wenig später als Anhalt bezeichnet wurde, um von anderen askanischen Linien unterscheidbar zu sein.



Burg Anhalt als Modell

Der Name der Grafschaft bezieht sich auf die askanische Burg Anhalt bei Harzgerode, von der heute nur noch Mauerreste erhalten sind. Im Hochmittelalter gehörte die Burg zu den stärksten Befestigungen des Harzraumes und war mindestens bis ins 14. Jahrhundert hinein bewohnt.

Zu den ursprünglichen Gebieten konnten im Verlauf des Spätmittelalters weitere hinzu gewonnen werden, so Zerbst, Plötzkau und Lindau. Andere gingen dagegen verloren, unter anderem Aschersleben (lateinisch: Ascaria), der Stammsitz der Askanier.

Da es in Anhalt keine Festlegung gab, dass die Herrschaft nur auf den Erstgeborenen übergehen soll, kam es zu häufigen Erbteilungen, die das ohnehin schon kleine Land immer mehr zersplittern ließen.



Fürst Wolfgang von Anhalt-Köthen



Fürst Georg III. von Anhalt-Dessau

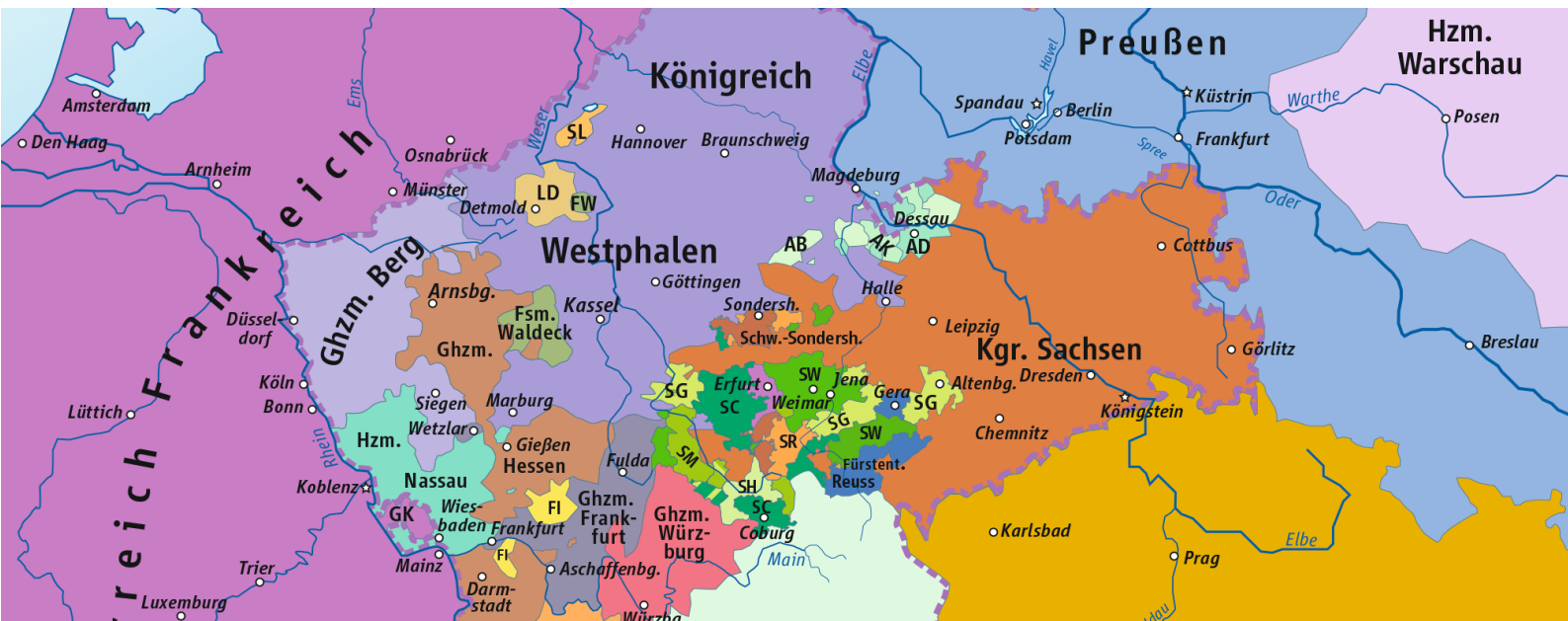
Begünstigt durch die Nähe zu Wittenberg setzte sich die Reformation sehr schnell in den Gebieten Anhalts durch. Die Stadt Zerbst machte 1523 den Anfang. Für die gesamte Reformation bedeutende Persönlichkeiten waren der Köthener Fürst Wolfgang und der Dessauer Georg III.

Gegen Ende des 16. Jahrhunderts wandten sich die Fürsten Anhalts dem Calvinismus zu. Dies führte unter anderem zu guten Beziehungen zu den Hohenzollern in Brandenburg und den Niederlanden.



Das Fürstentum Anhalt, Karte von Peter Schenk (1710)

Im Jahr 1570 entstand ein geeintes Fürstentum Anhalt. Doch dieser Zustand währte nicht lang. Schon einige Jahrzehnte später, im Jahr 1603, wurde es wieder geteilt, sodass zunächst vier Herrschaftsgebiete entstanden: Anhalt-Bernburg, Anhalt-Dessau, Anhalt-Köthen und Anhalt-Zerbst. Zwar kam zwischenzeitlich mit Anhalt-Plötzkau noch ein fünfter Teil hinzu, doch langfristig konnten sich nur die ursprünglich vier behaupten. Obwohl der deutschlandweite Einfluss dadurch gering war, hatte dies eine überaus facettenreiche Entwicklung zur Folge.



Der Rheinbund 1806

Nachdem im Jahr 1797 die Zerbster Linie ausgestorben war, wurde der Besitz unter den verbliebenen Linien aufgeteilt. Den drei verbliebenen gelang es 1806 bzw. 1807 eine Standeserhöhung zu erwirken, sodass sie fortan Herzöge waren. Sie wurden Mitglieder im von Napoleon initiierten Rheinbund.

Einige Jahre später gelang es Ihnen aber, sich rechtzeitig von Napoleon zu trennen. In den Befreiungskriegen kämpften die anhaltischen Staaten aufseiten der Alliierten, was letztlich mitentscheidend für ein eigenständiges Weiterbestehen nach dem Wiener Kongress war.



Das deutsche Kaiserreich 1871 - 1914

Mit dem Aussterben der Linien Köthen (1847) und Bernburg (1863) wurde Anhalt unter den Dessauern wieder vereint. An der Seite Preußens kämpfte der Kleinstaat in den Reichseinigungskriegen und trat 1867 dem Norddeutschen Bund und 1871 dem Gebiet des Deutschen Kaiserreiches bei. Aufgrund der geringen Fläche und relativ wenigen Einwohnern sowie der geographisch ungünstigen Position inmitten der preußischen Provinz Sachsen hielt sich der reichsweite Einfluss in Grenzen.



Junkers-Werke in Dessau

In der Novemberrevolution 1918 infolge des 1. Weltkriegs erging es den Askanern wie allen anderen Monarchien im Reich. Sie mussten ihren Thron räumen und der Demokratie Platz machen. Anhalt wurde zum Freistaat und Mitglied der Weimarer Republik. Die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung wurde vor allem durch die Junkers-Werke und das Bauhaus getragen und symbolisiert.

Obwohl Anhalt sehr lange Zeit über stabile politische Verhältnisse verfügte, konnten die Nationalsozialisten dort im Mai 1932 zum ersten Mal die Regierungsverantwortung übernehmen. Dies war gleichzeitig der Anfang vom Ende der Eigenständigkeit.



Wappen des Landes Sachsen-Anhalt: Im unteren Teil wird Anhalt durch den askanischen Bären und die Mauer symbolisiert.

Mit der reichsweiten Machtübernahme der NSDAP 1933 wurde die Autonomie Anhalts aufgehoben. Ab 1934 war der Freistaat Teil des Gaus Magdeburg-Anhalt. Nach dem 2. Weltkrieg erfolgte die endgültige Auflösung. Zunächst im Land Sachsen-Anhalt mit der ehemaligen preußischen Provinz Sachsen zusammengefasst, wurde es mit der Verwaltungsreform 1952 unter den Bezirken Magdeburg und Halle aufgeteilt. Mit der Wiedervereinigung wurde das Gebiet des früheren Herzogtums und Freistaats Anhalt in das neugegründete Land Sachsen-Anhalt eingegliedert.



Aschersleben von Westen um 1850

Für Besucher der Stadt Aschersleben sind besonders die touristischen Routen eine attraktive Möglichkeit, die Stadt besser kennen zu lernen.

Neben Architektur- und Stadtbefestigungsrundgang gibt es auch einen, der durch die fünf großen Parks und Gärten der ältesten anhaltischen Stadt führt, die auch als „Tor zum Harz“ bezeichnet wird. Nicht erst seit der Landesgartenschau 2010, in deren Rahmen noch einmal viel für das Stadtbild getan wurde, laden diese Grünanlagen viele Besucher zum Flanieren und Verweilen ein.



Bauhaus Dessau

Dessau, die größte Stadt Anhalts und lange Zeit Hauptstadt des geeinten Herzogtums, war im 18. Jahrhundert eines der Zentren der deutschen Aufklärung.

Ebenfalls von deutschlandweiter Bedeutung waren die in Dessau beheimateten Unternehmen Hugo Junkers, der mit Ganzmetallflugzeugen und anderen Innovationen Meilensteine der modernen Luftfahrttechnik setzte.

Das seit 1924 ansässige Bauhaus markiert einen weiteren Höhepunkt in der Stadtgeschichte. Das von Walter Gropius entworfene Hauptgebäude wurde am 4. Dezember 1926 eröffnet. Noch heute zählt der gesamte Komplex, der unter anderem auch die berühmten Meisterhäuser einschließt, zu den bedeutendsten der modernen Architekturgeschichte.



Wörlitzer Schloss



Gotisches Haus

Das Gartenreich Dessau-Wörlitz besitzt eine einmalige Dichte an Schlössern, Denkmälern, Parkanlagen und vielen Kleinarchitekturen. Eingebettet sind diese in einen Landschaftspark nach englischem Vorbild. Das gesamte Areal mit einer Fläche von 142 km² gehört seit 2000 zum UNESCO-Welterbe.

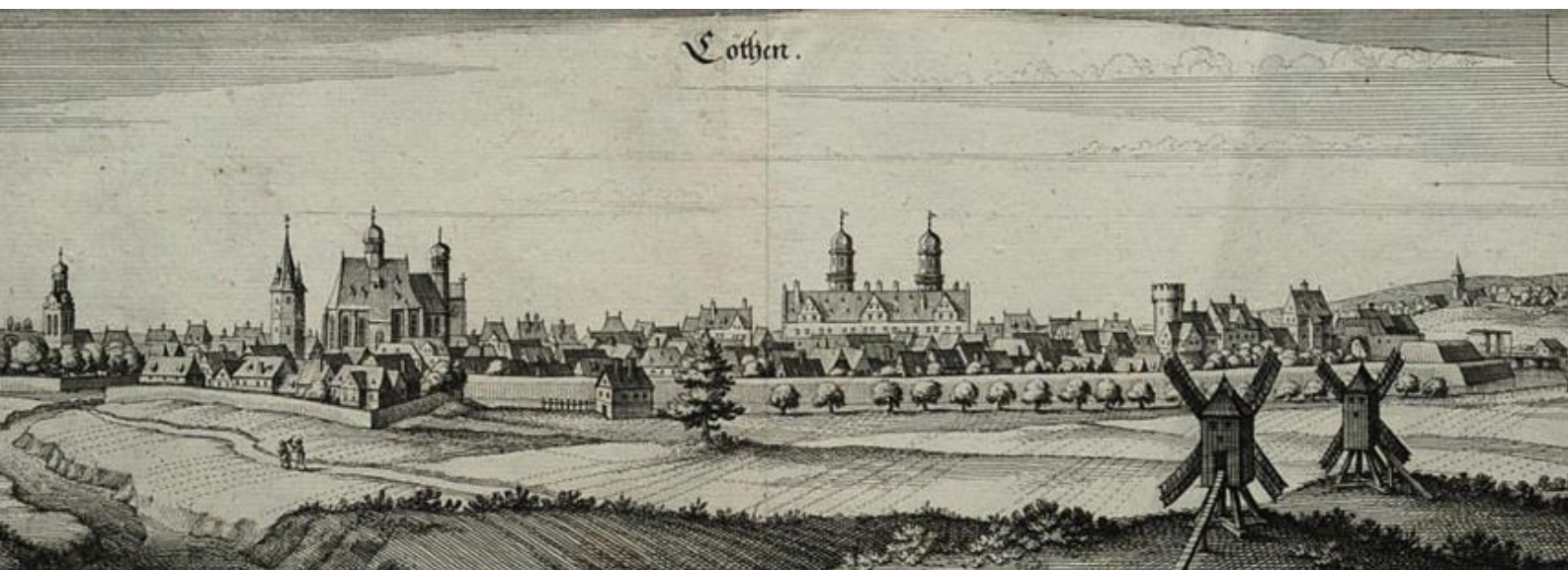
Dieses Gesamtkunstwerk ist vor allem mit dem Namen zweier Männer verbunden: Fürst Leopold III. Friedrich Franz als Initiator und Förderer sowie Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff als Architekt und Baumeister.



Schlossansicht vom Saaleufer

Das wohl schönste Schloss Anhalts ist das vollständig erhaltene Renaissanceschloss Bernburg. Erbaut als Witwensitz für die Mutter des Markgrafen Albrecht, wurde es im 16. Jahrhundert umgebaut und als Wohnschloss der Fürsten und Herzöge genutzt.

Heute ist hier das Heimat-Museum Schloss Bernburg untergebracht. Darüber hinaus ist es eine gern besuchte Station entlang der Straße der Romanik. Eine Besonderheit stellt der Burggraben dar - seit Mitte des 19. Jahrhunderts leben hier als Reminiszenz an Albrecht den Bären Braunbären.



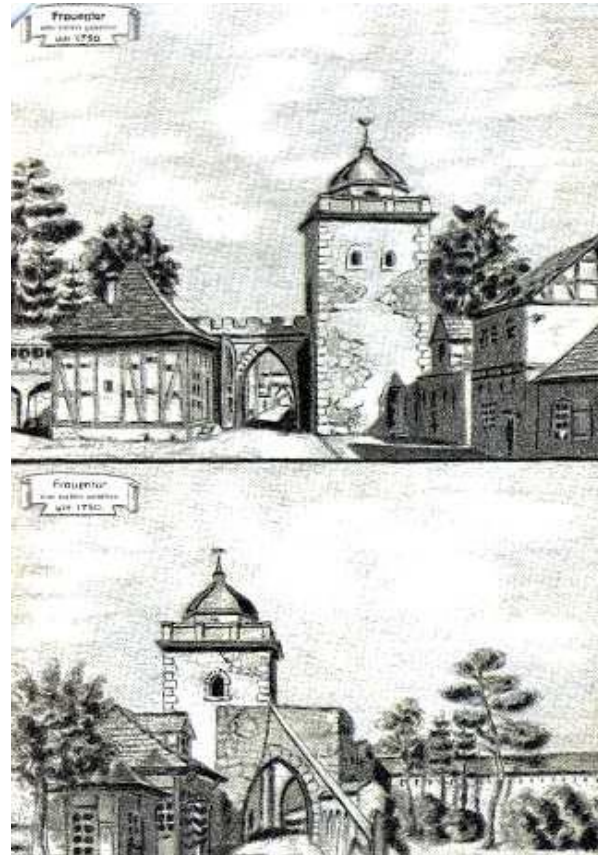
Köthen 1650

Das Köthener Schloss besteht aus verschiedenen Gebäuden unterschiedlicher Stilrichtungen und war bis zu deren Aussterben Sitz der askanischen Linie Anhalt-Köthen.

Zunächst wurde um 1600 die Wasserburg errichtet, welche Ende des 18. Jahrhunderts zum Schloss erweitert wurde. Nach der Restaurierung beherbergt das Schloss seit 2008 unter anderem ein Veranstaltungszentrum. Die verschiedenen Säle bieten Platz für Konzerte und andere gesellschaftliche Ereignisse, die immer wieder viele Besucher anlocken.



Mittelalterliches Heidtor



Frauentor

Als ehemalige Residenzstadt hat Zerbst eine Vielzahl an Sehenswürdigkeiten zu bieten. Neben der teilweise gut erhaltenen mittelalterlichen Stadtbefestigung sind vor allem die Kirchen einen Besuch wert.

Da das ehemalige Residenzschloss am Ende des 2. Weltkriegs stark zerstört wurde, ist heute davon nur noch die Ruine des Ostflügels zu sehen. Ein Förderverein bemüht sich darum, den Verfall zu stoppen und einen Wiederaufbau zu initiieren.

Im Schlossgarten wartet dagegen in neuem Glanz ein anderes Zerbster Original. Das Denkmal für die russische Zarin Katharina die Große, die als Prinzessin Sophie Auguste Friederike von Anhalt-Zerbst von 1742 bis 1744 in Zerbst lebte, wurde vom Moskauer Bildhauer Michail Perejaslawez geschaffen und am 9. Juli 2010 eingeweiht.



Albrecht der Bär (um 1100 - 18.11.1170), einziger Erbe aus vermögendem askanischen Elternhaus, stieg rasch zu hohem Ansehen als deutschen Fürst auf.

Im Mittelpunkt seines politischen Handelns stand die Auseinandersetzung mit den benachbarten Slawen, so erwarb er bei ihnen ausgedehnte Gebiete (u.a. Mark Lausitz) und gründete 1157 die Mark Brandenburg auf slawischem Boden. Er ist Begründer der askanischen Stammlande.



Eike von Regow (um 1180 - nach 1233) erlangte mit seinem Werk **Sachsenspiegel**, welcher als das wohl älteste und bedeutendste Rechtsbuch gilt, überregionale Bedeutung. Hierin kodifizierte Eike von Regow das praktizierte Recht seiner Heimat. Sein Werk fand mit verschiedenen Modifikationen Anwendung vom Rhein bis zum Dnepr.



Christian I. von Anhalt-Bernburg (1568 - 1630) bekannte sich im Alter von 37 offen zum Protestantismus und war Mitbegründer der Protestantischen Union (1608), die sich gegen die katholische Kirche und den Kaiser stellte. 1620 unterlag das von Christian I. geführte protestantische Heer der Katholischen Liga, worauf dieser vorerst nach Schweden ins Exil ging und sich die Union auflöste.



Leopold I., Fürst von Anhalt-Dessau (1676-1747), gilt bis heute als großer Heeresreformer. Im Zuge des Spanischen Erbfolgekrieges (1701-1714), welcher ihm auch den Spitznamen „Alter Dessauer“ einbrachte, entwickelte er beispielsweise die Taktik des Gleichschritts und führte den eisernen Ladestock ein.

Entgegen der allgemein verbreiteten Annahme war er jedoch nicht nur auf dem Schlachtfeld aktiv sondern bemüht, durch den Bau von Dämmen und Gräben auch die Wirtschaftlichkeit seines Landes zu verbessern und damit der Bevölkerung zu helfen.



Johann Sebastian Bach (1685-1750) entstammte einer Musikerfamilie. Nachdem er in Thüringen, Hamburg und Lüneburg seine Ausbildung beging, wurde er zunächst Konzertmeister in Weimar. 1717 ging er jedoch nach Köthen, wo er 1721 die Brandenburgischen Konzerte schrieb, die als ein Höhepunkt seines Schaffens gelten.



Katharina II., die Große, (1729 - 1796) aus dem Geschlecht der Askanier zog mit ihrer Familie 1744 nach Russland, wo sich die junge Katharina rasch mit der russischen Lebenswelt vertraut machte, Sprache und Sitten lernte und zum russisch-orthodoxen Glauben konvertierte. 1762 wurde sie russische Zarin und somit ein der mächtigsten Frauen Europas



Fürst Leopold III. Friedrich Franz (1740 - 1817) legte nach der Schlacht von Kolin (1757) alle militärischen Ämter nieder und brach so mit der militärischen Tradition seiner Vorfahren. Der der Aufklärung zugetane Leopold widmete sich stattdessen fortan der Landschaftsgestaltung („Gartenreich Dessau-Wörlitz“) und initiierte zahlreiche Reformen in Anhalt-Dessau.



Samuel Hahnemann (1755 - 1843) wirkte als Arzt und Schriftsteller zu medizinischen Fragen. Obwohl aus ärmlichen Verhältnissen, wurde ihm aufgrund seiner Begabung ein Medizinstudium ermöglicht. Nach der Veröffentlichung seiner Ähnlichkeitsregel (*Similia similibus curantur* - ähnliches wird durch ähnliches geheilt) gilt er seit 1796 als Begründer der Homöopathie.



Kurt Weill (1900 - 1950) entwickelte schon in jungen Jahren großes musikalisches Talent. In Zusammenarbeit mit Berthold Brecht schrieb er die „Dreigroschenoper“ (1928). Aufgrund seiner jüdischen Herkunft verließ er 1933 Deutschland und feierte später in den USA am Broadway große Erfolge.



Hermann Cohen (1842 - 1918) war einer der bedeutendsten jüdischen Philosophen seiner Zeit und Begründer der Marburger Schule. Große Aufmerksamkeit erlangte er durch seine Neuinterpretationen der Schriften Immanuel Kants. Darüber hinaus äußerte er sich wiederholt zu kulturellen, religiösen und politischen Fragen des Judentums und schrieb besonders in seinen letzten Lebensjahren über das Verhältnis der jüdischen zur deutschen Kultur.



Johann Friedrich Naumann (1780-1857) war Sohn eines Landwirts und Vogelkundlers. Früh zeigten sich seine besondere künstlerische Begabung und seine Vorliebe für Naturwissenschaften. In Letzterem folgte er seinem Vater und beschäftigte sich ebenfalls intensiv mit der Ornithologie. In den Jahren 1822 bis 1844 veröffentlichte er eine erweiterte Neuauflage der Vogelkunde seines Vaters in zwölf Bänden, der „Naturgeschichte der Vögel Deutschlands“, welcher er 350 selbst angefertigte Kupferstiche beifügte. Durch seine Forschung erhielt er eine Professur und eine Ehrendoktorwürde. 1850 wurde er Mitbegründer der „Deutschen Ornithologen-Gesellschaft“ in Leipzig.

Ralf Regener

Fürstliche Abfindungen – Die Askanier und der Freistaat Anhalt nach 1918

Im Zuge der Novemberrevolution mussten auch die Askanier in Anhalt ihren Thron räumen und auf ihre Jahrhunderte alte Herrschaft verzichten. Am 12. November 1918 verkündete Prinzregent Aribert stellvertretend für den minderjährigen Herzog Joachim Ernst den Rücktritt seines Hauses. Dieser Schritt war eher Resultat der deutschlandweiten Entwicklung, also der zu diesem Zeitpunkt schon erfolgten Abdankung des Kaisers und der meisten anderen Bundesfürsten.

In Anhalt waren die ersten Tage der Revolution weder gewalttätig verlaufen noch erkennbar antimonarchistisch geprägt. Die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte in den anhaltischen Städten stellten keine radikalen Forderungen und arbeiteten relativ schnell mit den etablierten Behörden zusammen. Die Abdankung der Askanier wurde erst gefordert, als sicher war, dass die deutschen Monarchen in ihrer Gesamtheit nicht mehr tragbar waren und das Deutsche Reich eine republikanische Wandlung vollziehen würde.¹

Neben vielen anderen Aufgaben und Herausforderungen musste sich die neue Staatsführung zu gegebener Zeit auch mit der ehemals regierenden Familie der Askanier befassen. Generell war zu fragen, wie nun mit dieser entmachteten Dynastie, die seit dem 11. Jahrhundert geherrscht hatte, umzugehen sei. Ganz konkret betraf dies vor allem eine möglich Abfindung, mit der man den Abgang der Askanier nach den Wirren der Revolution offiziell regeln konnte.

Anhalt wird zum Freistaat

Da schon die Revolution eher ruhig verlaufen war, kam es auch während der kurzen Amtszeit des in der Novemberrevolution berufenen Staatsrates unter der Führung des Sozialdemokraten Wolfgang Heine zu keinen größeren Schwierigkeiten. Die zumeist ebenfalls von SPD-Männern geleiteten Arbeiter- und Soldatenräte sahen ihre Aufgabe vielfach darin, die schon vorhandenen Behörden zu unterstützen und zu kontrollieren. Beispielsweise agierte der Dessauer Rat überaus pragmatisch, denn dort wurde kaum über revolutionäre Forderungen, wie Sozialisierung der Betriebe gestritten, sondern um den Brotpreis und die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung.²

Relativ schnell formierten sich die einzelnen politischen Gruppen Anhalts neu und steuerten in ihrer Gesamtheit auf eine geregelte demokratische Wahl zu. Neben den Sozialdemokraten bildete sich ein einheitlicher liberaler Block, der vorerst den Namen Demokratisches Bürgertum erhielt. Im Gegensatz dazu

konnten sich die ohnehin schwachen Konservativen nicht auf eine gemeinsame Liste einigen.³

Die Wahlen zum ersten demokratisch gewählten Parlament für Anhalt verliefen größtenteils reibungslos. Der Sozialdemokrat Heinrich Deist beschreibt die Situation während der Wahl knapp, aber eindringlich: „Es gab in Anhalt keinen Streit um den Wahltermin, auch keinen Streit um die Frage Rätediktatur oder Demokratie. Die Arbeiter gingen mit einer Einheitsliste in den Wahlkampf, und die war die Liste der sozialdemokratischen Partei. Es gab niemanden, der eine andere Liste hätte empfehlen können, auch die Kommunisten nicht.“⁴

Für die Liberalen hatte sich die Demonstration der Einheit gelohnt. Dem Demokratischen Bürgertum, welches sich wenig später der reichsweit gegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP) anschloss, gelang mit ca. 34% der Wählerstimmen ein achtbarer Erfolg. Der klare Wahlsieger der Abstimmung vom 15. Dezember 1918 war jedoch die SPD. Mit einem Anteil von ca. 58% erreichte die Partei die absolute Mehrheit der Stimmen. Wesentlich mitverantwortlich für den Erfolg, den es in dieser überwältigenden Form in Anhalt noch nicht gab und der in der Folgezeit nicht wiederholt werden konnte, war das Nichtvorhandensein einer linken Wahlalternative. Weiterhin machte der gemäßigte Kurs der SPD während der letzten Monate die Partei für Teile des Bürgertums wählbar.⁵

Die Konservativen Parteien erlitten hingegen eine herbe Niederlage. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) konnte nur etwa 6% der Stimmen auf sich vereinen. Noch schlechter erging es der Deutschen Volkspartei (DVP), die auf ca. 2% kam. Da das Parlament weiterhin aus 36 Abgeordneten bestand, ergab sich folgende Sitzverteilung: SPD 22 Mandate, DDP 12, DNVP 2, DVP keine.⁶

Mit dieser Wahl Mitte Dezember war Anhalt das erste Land des Deutschen Reiches, welches parlamentarische Verhältnisse und eine demokratisch gewählte Regierung hatte.⁷ Die schon oben erläuterten Gründe für das schnelle Voranschreiten und den nahezu reibungslosen Ablauf mögen auch ausschlaggebend dafür sein, dass die SPD trotz ihrer absoluten Mehrheit der Mandate eine Koalitionsregierung anstrebte. In der sozialdemokratischen Zeitung Volksblatt für Anhalt war zu lesen, dass die SPD nicht gewillt sei, eine Mehrheitstyrannie und Klassenherrschaft zu errichten. Vielmehr habe man das Wohl des gesamten Volkes im Blick, damit müsse jeder Vernünftige und Gerechte zufrieden sein. Zusammen mit den Linksliberalen der DDP wurde daher ein Regierungsbündnis gebildet, welches mit einer kurzen Unterbrechung fast dreizehn Jahre Bestand haben sollte.⁸

Alles im allem erscheint die politische Situation in Anhalt damit verwunderlich. In der ersten Novemberhälfte ließen die SPD-Führer nichts unversucht, die Revolution im Zaum zu halten. Nun, da die Sozialdemokraten gewählt und allein die Regierung stellen konnten, um in ihrem Sinne das Staatswesen umzuformen, wurden die Liberalen zum Bündnis herangezogen.

Als Schwäche kann man dieses Vorgehen der anhaltischen SPD keineswegs bezeichnen. Vielmehr zeigt sich im Agieren der Sozialdemokraten charakteristisch das gemäßigte politische Klima in Anhalt.

Der überwältigende Sieg der Sozialdemokraten macht zudem deutlich, dass man in weiten Teilen der Bevölkerung mit dem Vorgehen der Parteiführer in den letzten Monaten einverstanden gewesen sein muss. Das schließt auch das Verhalten gegenüber dem Herzogshaus ein, dass möglichst respektvoll und ohne jegliche Anfeindung behandelt wurde. So ist weder für die Zeit während, noch unmittelbar nach der Revolution eine erkennbare antimonarchische Stimmung festzustellen.

Abermals wurde Wolfgang Heine Vorsitzender des Anhaltischen Staatsrates, Heinrich Deist sein Stellvertreter. Das Arbeitsklima der konstituierenden Landesversammlung war dabei weder von Streitereien noch von Schuldzuweisungen geprägt. Der konservative Anhaltische Staatsanzeiger berichtete, dass Heine für die Entwicklung der letzten Monate das versteinerte alte Staatssystem verantwortlich gemacht, aber keine Person oder Gruppe expliziert genannt habe.⁹ Im Verlauf der gesetzgeberischen Arbeit der folgenden Monate wurde eine Vielzahl von Projekten in Angriff genommen, die schon seit längerer Zeit auf der Agenda der Sozialdemokraten standen, so beispielsweise die Verordnung zur Bildung von Betriebsräten oder die Erleichterung des Kirchenaustritts.¹⁰

Eine neue Verfassung für Anhalt wurde am 18. Juli 1919 verabschiedet. Dort heißt es in Paragraph 50, dass die früheren Rechte des Herzogs auf den Staatsrat übergehen sollten. Damit war die vormals festgeschriebene politische Macht des Herzogs offiziell außer Kraft gesetzt.¹¹ Weitergehende Bestimmungen in Bezug auf das Herzogshaus, was beispielsweise die Frage der möglichen Abfindung betraf, musste in der folgenden Zeit geregelt werden. Da es wie schon nach der Revolution 1848/49 auch nach dem Ersten Weltkrieg zu keiner Neuordnung des Reiches kam, wozu auch die Vertreter Anhalts bei der Deutschen Nationalversammlung ihren Beitrag geleistet hatten, oblagen alle weiteren Schritte der anhaltischen Regierung aus Sozialdemokraten und Liberalen.¹²

Die erste Abfindung von 1919

Noch Ende des Jahres 1918 hatte man seitens der Askanier Schritte eingeleitet, die einen Teil des Familienvermögens und -besitzes über Umwege sichern sollten. Am 30. Dezember 1918 wurden zu diesem Zweck die Theater-Stiftung und die Joachim-Ernst-Stiftung gegründet. Die erste erhielt das Theatergebäude, den Fundus und Domänen sowie Forsten. Der Gesamtwert betrug etwa 12 Millionen Mark. Die zweite, die oftmals als Kulturstiftung bezeichnet wurde, sollte sich um den Erhalt des Landesmuseums, des Wörlitzer Parks und verschiedener anderer Parkanlagen und

Schlösser kümmern. Dazu wurde beschlossen, dieser Einrichtung 8 Millionen Mark zu übereignen.¹³

Nicht einmal ein Jahr nach der Novemberrevolution kam es zu einer ersten Regelung zwischen dem früheren herzoglichen Haus der Askanier und dem Freistaat Anhalt. Im neuen Gesetz wurde festgelegt, dass private Rechtsverhältnisse, die auf der Grundlage früherer Gesetze entstanden waren, nicht berührt werden. Dies bedeutete, dass dadurch erwachsenes Privateigentum der Familie von Beginn an als unantastbar behandelt und so von der Staatsregierung garantiert wurde.¹⁴

Ein weiterer Punkt war die Zahlung von Abfindungen seitens des Freistaates. Die Familie der Askanier bekam eine Abfindung von 6,5 Millionen Mark als Entschädigung für Rechte, die sie an verschiedenen Besitzungen hatte und nun an den Staat übergegangen waren. Weitere 10 Millionen Mark wurden bereitgestellt, um die Versorgung der ehemaligen herzoglichen Hofbeamten zu gewährleisten. Was die Domänen, Forsten und Einzelgrundstücke betraf, so einigte man sich, dass insgesamt fast 13.000 ha an den Staat gehen sollten. Darüber hinaus wurden die oben genannten Stiftungen anerkannt und erhielten einen Sondervermögensstock von 3,5 Millionen Mark sowie etwa 4.500 ha Land.¹⁵

Den SPD-Führern und dem Herzogshaus war daran gelegen, diese Angelegenheit zügig zu beenden. So hatte man sich innerhalb der ehemaligen Herrscherfamilie darauf verständigt, eine schnelle Einigung mit dem Freistaat zu suchen und es nicht auf einen Prozess oder ein Sozialisierungsgesetz ankommen zu lassen, bei denen möglicherweise ungünstigere Festsetzungen zu Stande gekommen wären.¹⁶ In seiner Funktion als Präsident des Landtags hatte es der Sozialdemokrat Heinrich Peus außerordentlich eilig, das Gesetz am 22. Juni 1919 durchzubringen. Alle drei Lesungen folgten an diesem Tag, sodass es unverzüglich angenommen werden konnte.¹⁷

Laut Deist waren die Mitglieder des Staatsrates mit dem Zustandekommen des Ergebnisses sehr zufrieden: „Ich möchte nicht unterlassen, namens des Staatsrates hierbei der Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß sich die Auseinandersetzungen, infolge des verständnisvollen Entgegenkommens des früheren Herzoglichen Hauses, auf gütlichem Wege hat vollziehen lassen, und möchte hierbei betonen, daß anderenfalls kaum möglich gewesen sein würde, den anhaltischen Staat und dem Volke alle weitgehenden Vorteile zu sichern, die in dieser Vorlage geboten werden.“¹⁸

Jenseits der Zahlen, die in den Gesetzen zu lesen sind, schildert Deist in seinen Erinnerungen ebenfalls, welche Überlegungen hinter der Einigung standen: „Der Herzog von Anhalt bezog keine Zivillrente, die vom Landtag zu bewilligen gewesen wäre. Er hatte bei einer früheren Auseinandersetzung soviel Grund und Boden als Eigentum erhalten, daß er davon seine Hofhaltung, und alles, was dazu gehörte, betreiben konnte. Da nach dem

Kronverzicht diese Ausgaben fortfielen, wurde eine neue Auseinandersetzung vorgenommen. Bei den Verhandlungen, die zum Teil von mir für den Staat geführt wurden, vertrat der Vertreter des Herzogs den Standpunkt, aus der Auseinandersetzungsmasse möglichst viel Bargeld zu bekommen, da dieses auf der Bank liege und von der Öffentlichkeit nicht gesehen würde. Ich vertrat den Standpunkt, möglichst alles, was dem Staat zukam, in Grundbesitz zu bekommen, da Grundbesitz politische Macht bedeutet.“¹⁹

Dass beide Seiten kurz nach der Abdankung einander ergänzende Interessen hatten, wirkte sich überaus positiv auf das Klima und das Zustandekommen der Einigung aus. Einen Endpunkt stellte dies aber keineswegs dar, weil die damals unabsehbaren langfristigen Folgen der Kriegsniederlage einige Jahre später eine neue Situation schafften. „Der Standpunkt des herzoglichen Vertreters, Geld statt Bodenbesitz zu nehmen, erwies sich als verhängnisvoll. Im Laufe der Inflation, die bald – bis Ende 1923 – eintrat, schwand der Wert des Geldfonds dahin, während der Grundbesitz des Staates keine Verminderung erfuhr. Es musste eine neue Auseinandersetzung vorgenommen werden, die dann auch stattfand.“²⁰

Schon kurze Zeit später hatten die Mitglieder des Ministeriums des Herzoglichen Hauses die schwieriger werdende Lage in Deutschland erkannt. In einer Sitzung Anfang Februar 1920 einigte man sich, von der zuvor erwogenen Veräußerung der noch im herzoglichen Besitz verbliebenen Grundstücke abzusehen. Vielmehr sollten diese Flächen nun eine intensivere Bewirtschaftung nach kaufmännischen Grundsätzen erfahren.²¹ Dass dieser Schritt richtig war, zeigte sich schon sehr bald. Die Inflation, die kurz nach Kriegsende eingesetzt hatte, führte zu einer massiven Geldentwertung. Bis zur ersten Stabilisierung der Währung 1923 waren viele Ersparnisse völlig entwertet worden, so auch das Vermögen der Askanier aus der ersten Auseinandersetzung.

Rein rechtlich waren die Askanier mit der Regelung aus dem Jahr 1919 und der formalen Aberkennung der Sonderrechte, wie beispielsweise das auf eigene Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit, Bürger des Freistaates. Als solche unterstanden sie wie alle anderen den allgemeinen öffentlichen und bürgerlichen Rechten.²² Juristische Ansprüche, die den inflationsbedingten Vermögensverlust ausgleichen sollten, waren demnach theoretisch schwer durchzusetzen. Nichtsdestotrotz gelang es ihnen, eine weitere für die Familie günstige Auseinandersetzung mit dem Staat auszuhandeln.

Die zweite Abfindung von 1926

Im Gegensatz zu 1919 war die Frage der Abfindung einige Jahre später jedoch kein rein anhaltisches Thema mehr. Da in der Novemberrevolution die Fürsten zwar entmachtet, aber nicht enteignet worden waren, gab es in den Folgejahren in einigen deutschen Ländern Festlegungen – so wie in Anhalt –

aber auch langwierige Auseinandersetzungen und Gerichtsverfahren. Ausgehend von einer Gesetzesvorlage der DDP im Reichstag Ende 1925, die vorsah, diese Angelegenheit vollkommen den Ländern zu überlassen, entwickelte sich dieses Thema zu einem der bestimmenden des folgenden Jahres. Die KPD war mit einer großen Kampagne die treibende Kraft, die sich für eine entschädigungslose Enteignung aussprach.²³

Auf Druck der nun auch in Anhalt etablierten KPD hatten die Sozialdemokraten Mühe, die Vereinbarungen von 1919 zu rechtfertigen und sich von dem Vorwurf freizusprechen, die Forderungen der Hohenzollern und anderer ehemaliger Reichsfürsten nicht entschieden abzulehnen.²⁴

Die Kampagne der KPD zeigte insofern große Wirkung, als dass sich die Reichsleitung der SPD aufgrund der Stimmungslage – wesentlich geprägt von der hohen Arbeitslosigkeit – veranlasst sah, mit den Kommunisten in dieser Frage zusammenzuarbeiten. Beide Parteien brachten im Januar 1926 einen entsprechenden Antrag in den Reichstag ein. Nach einem erfolgreichen Volksbegehren im März 1926 und der erwarteten Ablehnung des Gesetzentwurfes im Reichstag wurde gemäß der Reichsverfassung ein Volksentscheid anberaumt. Als Termin für die Abstimmung wurde der 20. Juni 1926 festgesetzt.²⁵

Mitte der 1920er Jahre hatte der anhaltische Landtag ein wesentlich anderes Gesicht als noch 1919. Nach der zweiten Wahl des Jahres 1924 saßen nur noch 15 Sozialdemokraten und drei Abgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei im Plenum. Die Volksgemeinschaft aus DVP, DNVP und Landbund hatte zusammen 14 Sitze. Komplettiert wurden die insgesamt 36 Mitglieder des Landtags von zwei Kommunisten und jeweils einem Vertreter der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung und den Bodenreformern. Ministerpräsident – wie das Amt nun hieß – war in einer Neuaufgabe der SPD-DDP Koalition allerdings wieder Deist.²⁶

Da man in der anhaltischen Regierung der Auffassung war, dass der Freistaat mit der Auseinandersetzung von 1919 diesbezüglich alles geregelt hatte, beteiligte man sich in keiner Weise an den unterschiedlichen Kampagnen, die für oder gegen eine Enteignung eintraten. Der parteilose Staatsminister Dr. Müller sah die Angelegenheit für Anhalt als vollkommen abgeschlossen an. Aus seiner Stellungnahme sprach allerdings eine gewisse Hilflosigkeit der Regierungsparteien.²⁷ SPD und DDP hatten die großzügige Abfindung der Askanier 1919 als Regierungskoalition zu verantworten. Nun, da es ein öffentliches Thema und die Situation aufgrund der Wirtschaftskrise eine grundlegend andere war, konnte keine der beiden Parteien eine eindeutige Stellung finden. In der anhaltischen SPD bekannte man sich zwar zur grundsätzlichen Enteignung der Fürsten, jedoch sollte dies in maßvoller Weise geschehen, sodass die persönliche Existenz der ehemaligen Herrscher gesichert sei.²⁸ Nach langen Diskussionen empfahl der Vorstand der DDP ihren Mitgliedern und Wählern bei der Abstimmung ihrem Gewissen zu

folgen. Jenseits der Regierungsparteien erfolgten hingegen klare Stellungnahmen zur Frage der Enteignung.²⁹

Immerhin 45,7 %, durchschnittlich mehr als im gesamten Reich, stimmten in Anhalt am 20. Juni 1926 für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Damit war die Vorlage abgewiesen. In den einzelnen Ländern mussten individuelle Lösungen gefunden werden.³⁰

Nach der so günstigen Einigung von 1919 für das Askanische Haus und den eher nach rechts gekippten politischen Verhältnissen – was man an der Zusammensetzung des Landtags erkennt – mutet das Ergebnis doch ungewöhnlich an. Gründe dafür lassen sich mehrere finden. Erstens wurde bei dieser Abstimmung nicht ausschließlich über die ehemaligen Herrscher von Anhalt entschieden, sondern über alle Monarchen, also auch über die Hohenzollern, Wittelsbacher, Wettiner und andere, deren Wahrnehmung in der Öffentlichkeit durch verschiedene Eskapaden und mancherlei fragwürdiger Aktionen sehr schlecht war. Zweitens muss in der Phase der wirtschaftlichen Not nichts die Gemüter mehr erregt haben, als Abfindungsforderungen der Monarchen in Millionenhöhe. Jene ehemaligen Machthaber hatten maßgeblichen Anteil am Ausbruch des Krieges und waren damit nicht unschuldig an den Krisen der 1920er Jahre. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann fand im Vorfeld der Verhandlungen in einer Reichstagsitzung folgende Worte dafür: „Es ist keine Übertreibung, wenn ich in diesem Augenblick feststelle, daß Millionen von Volksgenossen geradezu hungern, daß Unzählige keine Kleidung haben, keine Schuhe [...]. Ungeheuer ist die Not im Volke. Das Elend ist im ununterbrochenen Steigen begriffen. Aber dieses hungernde Volk soll jetzt für wenige Menschen ungeheure Summen aufbringen. Gerade für solche Menschen, die am meisten die Schuld daran tragen, daß wir uns jetzt in diesem Elend befinden.“³¹ Zudem hatte die Auseinandersetzung von 1919 in Anhalt fast ohne öffentliche Beteiligung stattgefunden. Die Verantwortlichen der SPD und DDP waren wie die Vertreter der herzoglichen Familie um schnelle Abwicklung bemüht. Das Gesetz an sich war letztlich nur eines von vielen, um dem Freistaat in seiner neuen Konstitution zu garantieren.

Eine neue Einigung, die nun auf der Grundlage eines Reichsgesetzes stand, welches noch in der zweiten Hälfte des Jahres erarbeitet und verabschiedet werden konnte, wurde in Anhalt im Dezember des Jahres 1926 gefunden. Diese entschied zunächst, dass der Herzog und der Familienverein dem Staat an verschiedenen Orten fast 2.800 ha Land übereignen sollten. Ebenfalls erhielt der Staat das Schloss und den Wörlitzer Park. Im Gegenzug bekamen die Askanier dort auf Lebenszeit unentgeltlich Wohnrecht. Neben anderen Bestimmungen, die beispielsweise die Veräußerung der Schlösserausstattung und Wertgegenstände betrafen, war vor allem entscheidend, dass seitens des Staates Leistungen für die Versorgungskasse früherer anhaltischer Hofbeamter rückwirkend ab dem 1. Oktober 1926 übernommen wurden. Dieser Schritt war als notwendig erachtet wurden, weil die 10 Millionen Mark

aus dem Jahre 1919 inflationsbedingt längst nicht mehr ausreichen, um diesen Verpflichtungen nachzukommen. Damit wurde der Rechtsstreit beigelegt, der zwischen dem ehemaligen Herzogshaus und dem Staat in dieser Angelegenheit bis dato geführt wurde.³²

Nach Peus' Einschätzung hätten die Askanier „ohne daß sie ihren Grundbesitz anzugreifen brauchen, vermutlich noch einige Jahrhunderte leben können.“³³ Im Vergleich zu anderen Monarchen war die Einigung für die Askanier sehr günstig ausgefallen.³⁴ Peus begründete es damit, dass es ein richtiger und nötiger Beitrag war, mit dem Vergangenen abzuschließen und „die Ohnmacht der alten Zeiten“³⁵, die noch immer einem wirklichen Neuanfang entgegenstehe, zu beenden.

Nach Kritik der KPD am Zustandekommen der Einigung sah Deist die Veranlassung, das Handeln der Koalition zu rechtfertigen: „Und nun noch ein Wort zu der Meinung, man hätte dem Herzog bei der Auseinandersetzung etwas geschenkt, oder man hätte ihm mehr nehmen sollen. Die Auseinandersetzung mit dem Herzoglichen Hause hat sich völlig auf dem Boden des Rechts vollzogen. Wir hatten gar nicht die Möglichkeit, nach Willkür oder nach Beschluß irgendwelcher Mehrheit zu verfahren. Das Herzogliche Haus hat seine bestimmten Privatrechte. [...] Wenn wir entschieden hätten, wie es uns beliebte, hätte das Herzogliche Haus vor dem Gericht seine Rechte sich holen können.“³⁶

Gleichzeitig war es die letzte Vereinbarung des anhaltischen Staates mit dem ehemals regierenden Haus der Askanier.

Fazit

Generell war in den meisten Ländern die Tendenz zu erkennen, nach dem Volksentscheid einvernehmliche Lösungen zu finden. Wie in Anhalt wurden viele Vereinbarungen in der zweiten Jahreshälfte 1926 geschlossen. Die Bestimmungen gingen vielfach in eine ähnliche Richtung. Diverse Schlösser, Parkanlagen und Gärten fielen an den Staat. Dagegen gingen bewegliche Wertgegenstände oftmals direkt an die ehemaligen Herrscherfamilien oder eigens dazu gegründeten Stiftungen. Auch die finanzielle Versorgung der ehemaligen Hofbeamten wurde zumeist von den einzelnen Ländern übernommen.

Allerdings gab es auch äußerst schwierige Verhandlungen. So kam eine Einigung in Preußen zwar ebenfalls im Oktober 1926 zu Stande, gleichwohl wäre die SPD-Regierung unter Otto Braun fast daran zerbrochen. Die KPD ihrerseits provozierte tumultartige Auseinandersetzungen im preußischen Landtag. In weiteren Ländern, wie Hessen oder Thüringen, dauerte es gar noch einige Jahre bis Einigungen erzielt werden konnten.

Die einzelnen Situationen in den Ländern spiegeln dabei sicherlich immer die speziellen Gegebenheiten derselben wieder. So passen die eher

unentschiedene Haltung der SPD und DDP sowie das schnelle Zustandekommen von einvernehmlichen Lösungen in Anhalt zur allgemeinen politischen Kultur des ehemaligen Herzogtums. Allerdings war die oftmals hitzige und teils gewalttätig ausgetragene reichsweite Diskussion dieses Themas symptomatisch für die großen und kaum zu überbrückenden Belastungen der ersten deutschen Demokratie.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Regener, Ralf: Der Sturz der Askanier 1918 in Anhalt, in: Anhalts Weg ins „Zeitalter der Extreme“ 1871-1945, hg. v. Justus H. Ulbricht, Halle (Saale) 2014, S. 29-49.
- ² Vgl. Kupfer, Torsten: Die Revolution 1918/19 in Anhalt, in: Mitteilungen des Vereins für Anhaltische Landeskunde 9 (2000/2001), S. 13-33, hier S. 18-21.
- ³ Vgl. Ebd., S. 21.
- ⁴ Vgl. Stadtarchiv Dessau-Roßlau, Einzelstücke, Nr. E 1033: Biographie Heinrich Deist, Abschriften und Originale: Sozialismus in Anhalt. Erinnerungen von Heinrich Deist, S. 16.
- ⁵ Vgl. Ziegler, Günter: Parlamentarismus in Anhalt, Bd. 3, S. 4f.
- ⁶ Vgl. Anhaltisches Statistisches Amt (Hg.): Die Wahlen zu den Volksvertretungen im Freistaate Anhalt während der Jahre 1918 bis 1920 (= Mitteilungen des Anhaltischen Statistischen Amtes, Bd. 53), Dessau 1921, S. 3.
- ⁷ Vgl. Verhandlungen der Konstituierenden Landesversammlung für Anhalt, Bd. 1, Dessau o.J., S. 2-4.
- ⁸ Vgl. Volksblatt für Anhalt vom 17.12.1918.
- ⁹ Vgl. Anhaltischer Staatsanzeiger vom 22.12.1918.
- ¹⁰ Vgl. Kupfer: Die Revolution 1918/19 in Anhalt, S. 22f.
- ¹¹ Vgl. Gesetzsammlung für Anhalt 1919, Dessau o.J., S. 79-90.
- ¹² Vgl. Tullner, Mathias: Geschichte Sachsen-Anhalts, München 2008, S. 71f.
- ¹³ Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, DE, Z 264, Nr. 15, Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung im Ministerium des Herzoglichen Hauses am 20. Februar 1919.
- ¹⁴ Vgl. Gesetzsammlung für Anhalt 1919, S. 91.
- ¹⁵ Vgl. Gesetzsammlung für Anhalt 1919, S. 95-102.
- ¹⁶ Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, DE, Z 264, Nr. 15, Protokoll über die Sitzung im Ministerium des Herzoglichen Hauses am 8. Mai 1919.
- ¹⁷ Vgl. Stenographische Protokolle des anhaltischen Landtags, Dessau 1919, S. 1102.
- ¹⁸ Stenographische Protokolle des anhaltischen Landtags, Dessau 1919, S. 1102.
- ¹⁹ Stadtarchiv Dessau-Roßlau: Erinnerungen von Heinrich Deist, S. 18.
- ²⁰ Ebd., S. 19.
- ²¹ Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, DE, Z 264, Nr. 15, Protokoll über die Sitzung im Ministerium des Herzoglichen Hauses am 5. Februar 1920.
- ²² Vgl. Gesetzsammlung für Anhalt 1923, Dessau o.J., S. 9ff.
- ²³ Vgl. Winkler, Heinrich A.: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 312ff.
- ²⁴ Vgl. Volksblatt für Anhalt vom 12.12.1925.
- ²⁵ Vgl. Volksblatt für Anhalt vom 20.01.1926.
- ²⁶ Vgl. Ziegler, Günter: Die politischen Verhältnisse während der Weimarer Republik und das Wirken des Ministerpräsidenten Heinrich Deist in Anhalt, in: Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Kultur- und Landesgeschichte 17 (2000), S. 7-33, hier S. 26f.
- ²⁷ Vgl. Köthensche Zeitung vom 15.01.1926.
- ²⁸ Vgl. Volksblatt für Anhalt vom 19.01.1926.
- ²⁹ Vgl. Volksblatt für Anhalt vom 21.05.1926.
- ³⁰ Vgl. Anhaltischer Staatsanzeiger vom 22.06.1926.
- ³¹ Vgl. Volksblatt für Anhalt vom 03.12.1925.
- ³² Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, DE, Z 117-7, IV Nr. 199, S. 4-9.
- ³³ Volksblatt für Anhalt vom 17.12.1926.
- ³⁴ Stenographische Protokolle des anhaltischen Landtages 1927, Dessau o.J., S. 1453.
- ³⁵ Volksblatt für Anhalt vom 17.12.1926.
- ³⁶ Stenographische Protokolle des anhaltischen Landtages 1927, S. 1453.

Marina Ahne

Anhalts Weg zur ersten nationalsozialistischen Regierung eines deutschen Landes

Für die Zeit der Weimarer Republik kann Anhalt als eine der Hochburgen der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet werden. Von 1918 bis 1932 regierte, bis auf eine kurze Unterbrechung im Jahre 1924, die SPD in Koalition mit der Deutschen Demokratischen Partei, der DDP. Obwohl die Sozialdemokraten laut der erreichten Stimmen allein hätten regieren können, setzten sie kontinuierlich auf ein starkes Bündnis mit den Linksliberalen, das sich bereits im Kaiserreich bewährt hatte.¹

Das erste Mal begann die starke Koalition bei den Landtagswahlen im Mai 1928 zu bröckeln. SPD und DDP verloren die Mehrheit, was vor allem durch den Stimmenverlust der DDP verursacht wurde. Es kam nach dieser Wahl, da die Sozialdemokraten und Linksliberalen keine weitere Koalitionspartei fanden – in Erwägung wurde die KPD gezogen, aber aus diesem Bündnis wurde nichts – schließlich zu einer Minderheitsregierung der alt bewährten SPD/DDP-Koalition. In diesem Jahr sollte auch die NSDAP das erste Mal mit zwei Mandaten im Landtag vertreten sein.² Die Minderheitsregierung erlebte eine schwere Krise, die einen Misstrauensantrag gegen den seit 1918 amtierenden Ministerpräsidenten und Sozialdemokraten Heinrich Deist (1874-1963) nach sich zog. Gestellt wurde dieser Misstrauensantrag von der Deutschen Volkspartei (DVP) und den Kommunisten. Heinrich Deist überstand zwar den Misstrauensantrag, hielt aber dem folgenden Druck der Opposition nicht stand und trat schließlich im April 1932 zurück.³ Daraufhin kam es zu vorgezogenen Neuwahlen, die mit dem Ergebnis endeten, dass die NSDAP bereits 1932, also vor der Machtübernahme Adolf Hitlers, als stärkste Partei aus den Wahlen hervorging und Anhalt damit das erste Land mit einer nationalsozialistischen Regierung unter dem SS-Mitglied Alfred Freyberg (1892-1945) als Ministerpräsidenten wurde.⁴

Organisiert wurde Anhalt zusammen mit Magdeburg im Gau Magdeburg-Anhalt unter Führung des Gauleiters Wilhelm Loeper (1883-1935). Interessant ist der Umstand, dass nicht die gerade während der Weimarer Zeit einen Aufschwung erlebende Großstadt Magdeburg zur Gauhauptstadt ernannt wurde, sondern Anhalts Verwaltungssitz und ehemalige Residenzstadt Dessau den Titel bekam. Die Gründe hierfür sind politischer Natur. Magdeburg wurde aufgrund der Dominanz der Sozialdemokraten von der SPD zur „Roten Stadt im roten Land“⁵ stilisiert. Außerdem befanden sich die Reichszentralen des Schutzbundes „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, der zum Schutz der Republik gegründet worden war und des „Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten“, der der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) nahestand, in Magdeburg. Die Nationalsozialisten hatten es daher bis 1930/31 nicht

geschafft in Magdeburg Fuß zu fassen. Im anhaltischen Dessau hingegen war die NSDAP bereits seit 1928 im Landtag vertreten.⁶

Mögliche Gründe für den frühen Erfolg der Nationalsozialisten in Anhalt sollen im Folgenden skizziert werden.

Zunächst ist festzuhalten, dass Anhalt eines der kleinsten Länder des Deutschen Reiches und vorwiegend kleinstädtisch geprägt war. Der größere Teil der Bevölkerung arbeitete in Gewerbe und Industrie, sowie in der Landwirtschaft und im Dienstleistungssektor. Anhalt verfügte folglich über einen hohen Anteil an Arbeitern, wovon ein nicht geringer Teil Landarbeiter waren. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise trafen Anhalt sehr schwer. Die Arbeitslosenquote lag über dem Reichsdurchschnitt. Natürlich waren nicht nur Anhalt, sondern der gesamte mitteldeutsche Raum aufgrund seiner starken Industrialisierung schwer angeschlagen. Die Wirren der Weltwirtschaftskrise, mit ihren finanziellen, ökonomischen und sozialen Unsicherheiten, begünstigten folgend das Fortschreiten und Anwachsen von Radikalisierungen – wodurch sich das relativ provinzielle Anhalt schließlich zu einem „Experimentierfeld der Nationalsozialisten“⁷ entwickeln sollte.⁸

Zudem wurde die Gefahr des Nationalsozialismus von vielen anhaltischen Politikern einfach unterschätzt. Anhalt verstand sich als ein Land mit einer langen Toleranz-Tradition. Die anhaltischen Fürsten orientierten sich an der preußischen Toleranz-Politik und warben ausländische Spezialisten und Reformer an. Die Bevölkerung war es also gewohnt, mit Andersgläubigen und Andersdenkenden zu leben. Gerade diese Toleranz-Tradition begünstigte die Ausbreitung der nationalsozialistischen Idee in den 20er Jahren. Führende Politiker der SPD in Anhalt, wie Heinrich Deist und Heinrich Peus (1862-1937), setzten auf eine Strategie des „Nicht-Beachtens“ bzw. des Ignorierens, frei nach dem Motto: Wenn den Nationalsozialisten keine Beachtung seitens der Politik geschenkt würde, werde die anhaltische Bevölkerung hoffentlich dasselbe tun.⁹

Es gab jedoch auch einzelne Stimmen, die sich aktiv gegen die Nationalsozialisten zur Wehr setzen wollten. Unter ihnen befand sich Gerhart Seger (1896-1967), Mitglied der SPD und Redakteur des „Volksblattes für Anhalt“. Er hatte frühzeitig begonnen, die anhaltische Bevölkerung vor der Gefahr des Nationalsozialismus zu warnen und die Ansichten einzelner Mitglieder der NSDAP, beispielsweise die Äußerungen des späteren Gauleiters Wilhelm Loeper, in seiner Zeitung zu hinterfragen. Doch Seger wurde größtenteils überhört und fand keine aktive Unterstützung seitens seiner Partei.¹⁰

Loeper hatte die Ausbreitung des NS-Gedankenguts in Anhalt entscheidend beeinflusst. Er wurde am 13. Oktober 1883 in Schwerin geboren und hatte erste Kontakte zu Adolf Hitler vermutlich im Jahr 1923, als er als Lehrer an einer Pionierschule in München arbeitete. Bekannt ist, dass Loeper am Putschversuch vom 9. November 1923 beteiligt war und dass er während des

Putsches versuchte, die Pionierschule Adolf Hitler zu unterstellen. Aufgrund seiner Beteiligung am Hitlerputsch wurde er 1924 aus der Reichswehr ausgeschlossen. Daraufhin übersiedelte er nach Dessau und übernahm dort die Ortsgruppenleitung der anhaltischen NSDAP. Wilhelm Loeper gelang es, vor allem seit 1928, als er Mitglied des Landtages wurde, ein gut funktionierendes nationalsozialistisches Netzwerk in Anhalt aufzubauen. Damit war er maßgeblich für die Ausbreitung des Nationalsozialismus in Anhalt verantwortlich.¹¹

Unter den ersten Maßnahmen, die die nationalsozialistische Landesregierung in Anhalt beschloss, befand sich die Schließung des Bauhauses. Diese Maßnahme kann auf kultureller Ebene als beispielhaft für das „Experimentierfeld des Nationalsozialismus“¹² in Anhalt verstanden werden. Bereits Jahre vor der Wahl der NSDAP zur Regierungspartei hatte es Probleme zwischen anhaltischen Politikern, Bürgern und den Bauhaus-Künstlern gegeben. Das kleine Land Anhalt stand dem Einzug der Moderne gewissermaßen etwas überfordert gegenüber. Die meist links-orientierten Bauhaus-Künstler lebten frei, mit ihrer Kunst und ihren Lebensformen experimentierend. Im doch relativ provinziellen Dessau rief dies Skepsis bei der Bevölkerung hervor. Im Laufe der Zeit hatten sich daher vermehrt Stimmen gegen das Bauhaus gewandt. Die Nationalsozialisten hatten in dieses Problemfeld frühzeitig eingegriffen, indem sie bereits seit 1928 die Misstimmungen innerhalb der Bevölkerung aufgefangen und versucht hatten das Bauhaus mithilfe von Abstimmungen zu schließen. Dies gelang ihnen jedoch zunächst nicht. Erst nachdem die NSDAP in Anhalt an die Macht gelangt war, gab es die entscheidende Abstimmung, bei der die Schließung des Bauhauses festgelegt wurde. Die Vertreibung des Bauhauses ging demnach auf einen Konflikt zurück, der bereits vor der Regierungszeit der NSDAP bestand und den die Nationalsozialisten in ihrer Wahlpropaganda geschickt für sich zu nutzen wussten.¹³

Weitere Maßnahmen folgten: Im Jahr 1933 kam es zur Enteignung Hugo Junkers (1859-1935). Der Unternehmer Junkers, dessen Flugzeuge während des Zweiten Weltkrieges unter nationalsozialistischer Flagge traurige Berühmtheit erlangen sollten, ging nicht konform mit der Ideologie und den Rüstungsplänen der Nationalsozialisten. Er hatte Verträge zum Anlernen von russischen Flugzeug-Spezialisten geschlossen, wodurch sich der moderne Flugzeugbau in der Sowjetunion durchsetzen konnte. 1933 kam es zur Enteignung, bei der die Nationalsozialisten auf Geheiß Hermann Görings den 74 Jahre alten Hugo Junkers zur Abgabe seiner Konzernanteile zwangen, ihn aus Dessau verschleppten und unter haftähnlichen Bedingungen festhielten, bis er 1935 in Gauting, einem Vorort von München, verstarb.¹⁴

Im Jahr der Machtübernahme Adolf Hitlers wurde ebenfalls der Dessauer Oberbürgermeister und DDP-Politiker Fritz Hesse (1881-1973) aus seinem Amt entlassen. Er soll nur als ein Beispiel für die Personalpolitik der Nationalsozialisten stehen. Während der Anfänge der NS-Zeit wurden

zahlreiche Verantwortliche aus ihren Posten entlassen und gegen NSDAP- oder SS-Mitglieder ausgetauscht.¹⁵

So erging es auch Gerhart Seger, der sich während der Weimarer Zeit für ein aktives Vorgehen gegen die Nationalsozialisten eingesetzt hatte. Auch für ihn wurde das Jahr 1933 zum Schicksalsjahr. Der Sozialdemokrat und Redakteur des „Volksblattes für Anhalt“ wurde im März verhaftet und in das Konzentrationslager Oranienburg bei Berlin gebracht. Ihm sollte jedoch wenig später eine Flucht gelingen, die die Vorlage für Anna Seghers Roman „Das siebte Kreuz“ wurde. Seger selbst veröffentlichte nach seiner Flucht unter dem Titel „Oranienburg“ als erster Betroffener einen Beitrag über das KZ-System.¹⁶

Diese ersten Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung in Anhalt stehen beispielhaft für all das, was in ähnlicher Form auch in anderen Ländern passierte. Durch das „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ 1933 wurde die Vereinheitlichung allen gesellschaftlichen und politischen Lebens auf die NS-Ideologie angeordnet. Die Verfolgung von Juden wurde verstärkt ab 1935 und noch drastischer ab 1937 unter der Leitung des neuen Gauleiters Rudolf Jordan organisiert. Auf seinen Befehl hin wurden der jüdische Friedhof und die Synagoge in Dessau zerstört. Es kam zur Errichtung sogenannter „Judenhäuser“, zu Boykotten und Pogromen gegen Juden, zu Verschleppungen, Ermordungen und zu Deportationen von Juden in Konzentrationslager.¹⁷

Die Zeit des Nationalsozialismus endete auch in Anhalt - wie vielerorts - mit den Bildern ausgebombter Städte und Landschaften voller Trümmer. So wurden die Städte Zerbst und Dessau durch den Luftkrieg nachhaltig zerstört.¹⁸

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Kupfer, Torsten: Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt: 1918 - 1933, Weimar / Köln / Wien 1996, S. 7. Vgl. Tullner, Mathias: Geschichte Sachsen-Anhalts, München 2008, S. 73. Vgl. Ziegler, Günter: Die politischen Verhältnisse während der Weimarer Republik und das Wirken des Ministerpräsidenten Heinrich Deist in Anhalt, in: Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Kultur- und Landesgeschichte 17 (2000), S. 18f.
- ² Vgl. Kupfer: Sozialdemokratie, S. 81ff. Vgl. Ziegler: Heinrich Deist, S. 28ff.
- ³ Vgl. Ziegler: Heinrich Deist, S. 30f.
- ⁴ Vgl. Tullner: Geschichte Sachsen-Anhalts, S. 80.
- ⁵ Die rote Stadt im roten Land. Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1929. Ein Buch über das Werden und Wirken der Sozialdemokratie in der Stadt Magdeburg und dem Bezirk Magdeburg-Anhalt, Magdeburg, 1929.
- ⁶ Vgl. Tullner: Geschichte Sachsen-Anhalts, S. 72f.
- ⁷ Studium Hallense e.V.(Hg.): Geschichte Anhalts in Daten, Halle (Saale) 2014, S. 775.
- ⁸ Vgl. Tullner: Geschichte Sachsen-Anhalts, S. 80.
- ⁹ Ebd.
- ¹⁰ Ebd., S. 82. Vgl. Studium Hallense e.V.(Hg.): Geschichte Anhalts in Daten, S. 815.
- ¹¹ Vgl. <http://www.uni-magdeburg.de/mbl/Biografien/0830.htm> (08.12.2014)
- ¹² Studium Hallense e.V.(Hg.): Geschichte Anhalts in Daten, S. 775.
- ¹³ Vgl. Tullner: Geschichte Sachsen-Anhalts, S. 80.
- ¹⁴ Ebd., S. 83. Vgl. Junkers, Bernd: Hugo Junkers in Dessau, in: Dessauer Kalender 54 (2010), S. 17.
- ¹⁵ Vgl. Studium Hallense e.V.(Hg.): Geschichte Anhalts in Daten, S. 821.
- ¹⁶ Ebd., S. 820ff. Vgl. Tullner: Geschichte Sachsen-Anhalts, S.82.
- ¹⁷ Vgl. Ulbrich, Bernd. G.: Zur nationalsozialistischen Judenpolitik in Dessau-Roßlau, in: Dessauer Kalender 54 (2010), S. 50-69.
- ¹⁸ Vgl. Kreißler, Frank: Die „Enden“ von Anhalt. Zum Verlust des administrativen und territorialen Zusammenhalts Anhalts als Kern anhaltischer Identität seit 1918, in: Mitteilungen des Vereins für Anhaltische Landeskunde. Tagungsband. Auf dem Weg zu einer Geschichte Anhalts. Wissenschaftliches Kolloquium zur 800-Jahrfeier des Landes Anhalt 21, Sonderband (2012), S. 278.

LITERATURAUSWAHL

- Arndt, Ludwig: Die Militär- und Kriegervereine im Land Anhalt, Dessau 2006.
- Bernstein, Andreas: 200 Jahre Militär in Dessau. Vom Jägerkorps zur Bundeswehr (Dessauer Chronik 1), Dessau 2006, S. 17-19.
- Biegel, Gerd: Sachsen-Anhalt. 1200 Jahre Geschichte. Renaissance eines Kulturraumes, Braunschweig 1993.
- Brademann, Jan / Hecht, Michael: Anhalt vom Mittelalter bis 1918. Eine integrative Dynastie- und Herrschaftsgeschichte, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 142 (2006), S. 531-575.
- Brockmeier, Thomas (Hg.): Aufstieg, Fall & Neubeginn. Zur wirtschaftlichen Entwicklung der Junkers- und Bauhausstadt Dessau (Anhalt) im 19. und 20. Jahrhundert, Halle an der Saale 2010.
- Dilly, Heinrich / Zaunstöck, Holger (Hg.): Fürst Franz. Beiträge zu seiner Lebenswelt in Anhalt-Dessau 1740-1817, Halle (Saale) 2005.
- Grossert, Werner: Geschichte der Dessauer Juden 1672-1932 (Dessauer Chronik), Dessau 2006.
- Hesse, Fritz: Erinnerungen an Dessau, 2 Bde., 3. Aufl., Dessau 1995.
- Jablonowski, Ulla: Dessau. So wie es war, Düsseldorf 1991.
- Kotulla, Michael: Deutsches Verfassungsrecht 1806-1918. Eine Dokumentensammlung nebst Einführungen, Bd. 1: Gesamtdeutschland, Anhaltische Staaten und Baden, Berlin 2006.
- Kupfer, Torsten: Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt 1918-1933 (= Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 5), Köln / Weimar / Wien 1996.
- Kupfer, Torsten: Der Weg zum Bündnis. Entschieden Liberale und Sozialdemokraten in Dessau und Anhalt im Kaiserreich (= Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 7), Köln / Weimar / Wien 1998.
- Leisering, Walter: Zur Geschichte der Askanier. Ein Tabellenbuch mit 200 Abbildungen und historischen Anhalt-Karten, 2. Aufl., Dessau 1998.
- Schlenker, Gerlinde / Lehmann, Gerd / Wille, Manfred: Geschichte in Daten. Anhalt, München u.a. 1994.
- Specht, Reinhold: Geschichte der Stadt Zerbst, 2 Bde., Zerbst 1998.
- Tullner, Mathias: Geschichte Sachsen-Anhalts, München 2008.
- Tullner, Mathias: Persönlichkeiten der Geschichte Sachsen-Anhalts, Halle (Saale) 1998.
- Tullner, Mathias: Die Revolution von 1848/49 in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 1998.
- Wäschke, Hermann: Anhaltische Geschichte, 3 Bd., Cöthen 1912-1913.
- Zaunstöck, Holger: Das Leben des Fürsten. Studien zur Biografie Leopolds III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau (1740-1817), Halle (Saale) 2008.
- Ziegler, Günter: Kommunale Spitzenbeamte Anhalts. Biographische Skizzen 1832-1933, Dessau 1995.
- Ziegler, Günter / Hachtmann, Rüdiger: Parlamentarismus in Anhalt, 3 Bde., Dessau 1993-1996.
- Ziegler, Günter: Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographische Skizzen zur anhaltischen Verwaltungsgeschichte 1800-1933, Dessau 1994.

ABBILDUNGSNACHWEISS

**5000 Historische Stadtansichten
aus Deutschland, Berlin 2003**

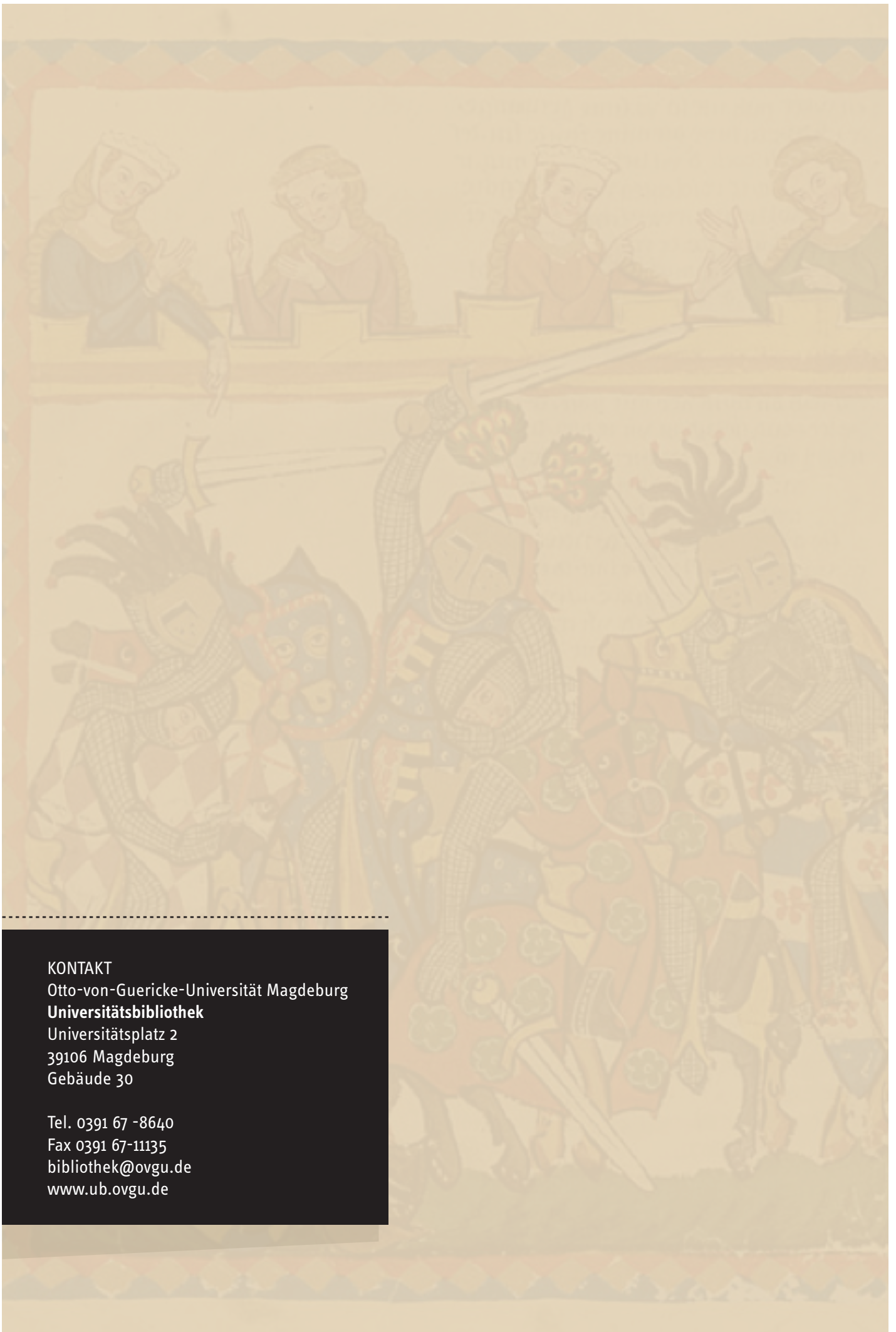
Seite: 22

Archiv AVMZ

Seite: 18, 19, 21

Wikipedia

Seite: 9-17, 20, 23-33



KONTAKT

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Universitätsbibliothek

Universitätsplatz 2

39106 Magdeburg

Gebäude 30

Tel. 0391 67 -8640

Fax 0391 67-11135

bibliothek@ovgu.de

www.ub.ovgu.de